

SPD fordert die 6. Gesamtschule:

Elternwillen endlich umsetzen!

Es werden von den 1100 an den Gesamtschulen angemeldeten Kindern 497 abgewiesen. Die Eltern dieser Kinder erhalten einen Ablehnungsbescheid. Für die **SPD-Ratsfraktion** ein Skandal.

Monika Schuster, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion: "Die hohe Zahl der verfügbaren Abweisungen ist erneut ein Schlag ins Gesicht der Eltern und Kinder, die sich bewusst für die Gesamtschule entschieden haben und ein eklatanter Verstoß gegen den Elternwillen. Wir werden in der nächsten Schulausschusssitzung einen Antrag zur Einrichtung einer sechsten Gesamtschule in Mönchengladbach stellen. Die Bildungslandschaft in Mönchengladbach ent-

"Restschule" stigmatisiert werden. Die **SPD-Fraktion** fordert endlich Entscheidungen in Mönchengladbach. Hauptschulen und auch Gymnasien müssen neu geordnet werden, wenn die Aufnahmekapazitäten nicht mehr stimmen. Die **SPD** will starke Hauptschulen und starke Gymnasien. Nur in stabilen Schulen ist qualitativer Unterricht auch zukünftig möglich. Zugleich können andere Schulgebäude und Schulzentren, die frei werden, für eine zusätzliche Gesamtschule angeboten werden.

Der **Vorsitzende des Schul- und Bildungsausschusses, SPD-Ratsherr Ulrich Elsen**, ergänzt: "Die Einrichtung einer zusätzlichen Gesamtschule steht für die **SPD** ganz



Mülfort war die vierte Gesamtschule in Mönchengladbach - auch sie konnte viele Kinder nicht aufnehmen

spricht nicht mehr der Realität und die Anmeldezahlen an den anderen Schulen werden uns in dieser Sichtweise bestätigen. Es ist zu befürchten, dass einige Hauptschulen keine Eingangsklassen bilden können."

Die **SPD** stellt klar: Solange es ein Schulsystem mit Hauptschulen gibt, dürfen die Kinder, Eltern und Lehrer dieser Schulen nicht im Stich gelassen werden. Sie dürfen zu keiner

oben auf der Themenliste. Wir wollen die 6. Gesamtschule und damit den Elternwillen durchsetzen. Die **SPD** wird darüber hinaus in der nächsten Schulausschusssitzung Maßnahmenvorschläge einfordern, die eine Revision und Neuaufstellung der Schullandschaft in Mönchengladbach zum Ziel haben. Ohne Entscheidungen werden Ressourcen vergeudet und zugleich Bildungschancen für viele Kinder verbaut."

Unsere Themen

- . 6. Gesamtschule
- . Garde News
- . Vorgestellt: Ulrich Elsen
- . Theater mit Zukunft
- . Arbeitsplätze sichern
- . Hundewiesen
- . Bürger haben entschieden
- . Ein Netz für Kinder

Editorial Auf ein Wort

Ist die Koalition von CDU und FDP in unserer Stadt nun zu Ende oder nicht? Wenn mein Eindruck nicht trügt, wissen die Beteiligten das offenbar selbst nicht. Wie ist es anders zu erklären, wenn der Vorsitzende der FDP - halb öffentlich - leise bei der CDU nachfragt, ob man sich nun montags weiter in der vertrauten Runde trifft oder nicht?

Das Ende (?) ist genau so unruhlich wie der Beginn: Bis heute wissen die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nicht, was die Partner für unsere Stadt erreichen wollten und verabredet haben. Welche Pöstchen Post, Brandts, Kuckels oder Jansen-Winkeln bekommen haben, wissen wir. Und es scheint so, dass dies offensichtlich die wesentlichen Vereinbarungen dieser Koalition gewesen sind. Dieses undurchsichtige Handeln und Tricksen in Hinterzimmern ist das Markenzeichen dieser Koalition gewesen. Die gerade abgeschlossenen Themen wie Bürgerbegehren "Giesenkirchen 2015" oder "Theaterhaushalt" haben das nochmals bestätigt: CDU und FDP reden nicht mit den Beteiligten, sondern über sie. Sie handeln über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Deshalb wird dieser Koalition niemand eine Träne hinterher weinen.

Auch die Tatsache, dass CDU und FDP seit der letzten Kommunalwahl dem direkt gewählten Oberbürgermeister Norbert Bude Knüppel zwischen die Beine geworfen haben, wo sie nur konnten, hat gezeigt, dass dies keine Koalition zum Nutzen der Stadt war.

Ich hoffe, dass nun Mehrheiten im Sinne der Menschen in Mönchengladbach gefunden werden. Unsere Stadt und ihre Menschen haben es verdient.

Herzlichst Ihr



Sanierungsstau beheben und Arbeitsplätze sichern

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind auch auf dem Arbeitsmarkt in Mönchengladbach angekommen: Die Zahl der Arbeitssuchenden und Kurzarbeiter ist deutlich gestiegen.

Für die Kommunen ist das von der Bundesregierung beschlossene Investitionspaket II von zentraler Bedeutung. 32,2 Mill.

nicht genehmigtem Haushalt wie Mönchengladbach nicht nur dabei sind, sondern auch ohne Nachtragshaushalt die Gelder schnell vergeben können. Wegen der schwierigen Haushaltslage konnten viele notwendige Sanierungen an Schulen, Sportanlagen, Straßen und Gebäuden in den letzten Jahren nicht mehr angepackt werden. Jetzt haben



Dringend sanieren - Berufskolleg am Platz der Republik

Euro werden in den Jahren 2009/2010 in unsere Stadt fließen, um Investitionen tätigen zu können, zu denen wir auf Grund der Haushaltslage ansonsten nicht in der Lage wären.

Das beschlossene Paket entspricht weitgehend dem Konzept "Wachstums- und Stabilitätspakt für Deutschland" von **Frank-Walter Steinmeier** und zeigt erneut, dass die **SPD** die Kommunalpartei in Deutschland ist. Auf einer Konferenz am 28. Januar in Berlin stimmten deshalb Steinmeier, Steinbrück und Struck ihre Pläne mit Landes- und Kommunalpolitikern ab. Damit gewährleistet ist, dass die Hilfen vor Ort zielgenau ankommen, nahmen aus Mönchengladbach **Lothar Beine** und **Hans-Willi Körfges MdL** teil.



Lothar Beine in Berlin

SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Beine: "Mir ist wichtig, dass gerade Städte mit

wir die einmalige Chance, zielgerichtet dringende Sanierungen durchzuführen. Wir haben in Berlin erreicht, dass nun auch Sportanlagen ausdrücklich in den Katalog der Maßnahmen aufgenommen wurden."

Die **SPD-Fraktion** Mönchengladbach hat sich für die Sanierung von Sportanlagen und auch Spielplätzen im Rahmen des Investitionspaketes ausdrücklich stark gemacht.

"Wir wollen den Umbau auf Kunstrasenplätze schneller schaffen und hoffen, dass das Grenzlandstadion saniert werden kann. Auch der Abenteuerspielplatz in Pesch gehört ausdrücklich zu den von uns gewünschten Maßnahmen", so **Lothar Beine**.

Der von **Oberbürgermeister Norbert Bude** am 12. Februar erstmals einberufene "Konjunkturgipfel" in MG findet die ausdrückliche Unterstützung der **SPD-Fraktion**.

Lothar Beine: "Es ist für die schnelle Umsetzung wichtig, alle Beteiligten frühzeitig zu informieren und mit ins Boot zu holen. Die Investitionen sollen dazu dienen, den Investitionsstau in unserer Stadt aufzuheben, gleichzeitig Arbeitsplätze zu erhalten und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen deshalb ein Vergabeverfahren, das möglichst die Firmen in unserer Stadt mit Aufträgen versorgt."

SPD-Fraktion: Garde-News



"Ich war gestern im Theater."
"Wozu gehst du noch ins Theater? CDU und FDP bieten doch im Rathaus Unterhaltung genug. Genre: Provinzposse"

Hundenausläufflächen auch in Mönchengladbach

Hundehalter in Mönchengladbach haben auf ein Problem aufmerksam gemacht: Es fehlen Ausläufflächen in der Stadt. Die **SPD** beantragte das Thema bereits in den Bezirksvertretungen Stadtmitte und Volksgarten. Leider ohne Erfolg.

SPD-Ratsherr Frank Drathen: "Nach der sehr guten Auftaktveranstaltung der Hundelobby wurde Verständnis für die Belange der Hundehalter geweckt und anhand des Beispiels in Krefeld eine Lösung auch für unsere Stadt aufgezeigt. Wir haben anschließend mit dem Vorsitzenden **Gerd Gröne-Gormanns** ein Gespräch geführt, und am 24.03.2009 wird die **SPD** im Umweltausschuss das Thema erneut aufgreifen."

Die Verwaltung soll geeignete Flächen in städtischen Grünanlagen auswählen und



Foto: M. Balzer/pixelio.de

dem Umweltausschuss vorstellen. Anschließend sind die Bezirksvertretungen zu beteiligen.

Drathen: "Es muss in der Bevölkerung eine breite Akzeptanz gefunden werden. Ängste vor allem bei Eltern kleiner Kinder und bei alten Menschen müssen ernst genommen werden. Natürlich gilt für gefährliche Hunde bzw. bestimmte Rassen auf den Ausläufflächen weiterhin die Maulkorbpflicht. Die Hundelobby möchte gerne auch Aufklärungsarbeit leisten und die Übernahme von Patenschaften über Ausläufflächen ist denkbar."

Giesenkirchen 2015 gescheitert- Ein Erfolg der Bürger

Das umstrittene Projekt "Giesenkirchen 2015" ist Geschichte. Der Rat stimmte dem Bürgerbegehren mit breiter Mehrheit zu.

Die Entscheidung löste überschwänglichen Jubel bei der Bürgerinitiative aus, die in weniger als drei Monaten 15.076 Unterschriften gegen die Verlagerung der beiden Sportplätze Puffkohlen und Astenweg gesammelt hatte. Laut Gemeindeordnung hätten für ein

"Schlussendlich setzte sich der Bürgerwille durch und hierfür ist der Bürgerinitiative und ihrem bürgerschaftlichen Engagement Dank und Anerkennung zu zollen", so die beiden Giesenkirchener **SPD-Vertreter im Rat der Stadt, Horst-Peter Vennen und Oliver Büschgens**.

SPD-Fraktionsprecher Volker Küppers fordert die Verantwortlichen in Giesenkirchen



Sportanlage Puffkohlen jetzt sanieren

Foto: Knappe/WZ

erfolgreiches Bürgerbegehren ca. 8.300 Unterschriften gegen den Ratsbeschluss aus September 2008 gereicht.

Fehlende Einbeziehung in Planung, Projekthintergrund sowie Kostenermittlung waren die vorrangigen Ansätze der Bürgerkritik am Projekt. Daneben sind die Aussagen von CDU und FDP bezüglich der Sanierungsbedürftigkeit der vorhandenen Sportanlagen widersprüchlich. Totgeschwiegen wurden: Mehrbelastung der vorhandenen Kanalisation, zu tragende Erschließungskosten, Wertverfall vorhandener Immobilien, Versiegelung und Aufgabe von Grünflächen oder die Zunahme des Fahrzeugverkehrs.

Ob nun durch die nachgewiesene Befangenheit des "Projekterfinders" Frank Boss oder durch den Eindruck, dass wirtschaftliche Interessen einiger Projektbefürworter vor dem Gemeinwohl standen - all dies führte in der breiten, das Begehren unterstützenden Bevölkerung von Mönchengladbach zu Attitüden wie "Klüngelei", "Vetterwirtschaft" und "Gutsherrenpolitik". Untermauert wurde diese Einschätzung durch die Tatsache, dass Gegner des Bürgerbegehrens versuchten, diesen demokratischen Vorgang durch Aktionen zu unterbinden, die sogar den Staatsschutz auf den Plan riefen.

aktuell auf, nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen, die Bezirkssportanlage Puffkohlen zu sanieren.

"Jetzt sind Politik, Sportvereine und Anwohner gefordert, sich umgehend an einen Tisch zu setzen und gemeinsam für die Interessen der Sportler sowie der Anwohnerinnen und Anwohner nach Möglichkeiten zu suchen, die Bezirkssportanlage den Bedürfnissen aller entsprechend herzurichten", so **Küppers**.

Als qualifizierte Diskussionsgrundlage werten die drei Giesenkirchener SPD-Vertreter das **Konzept der SPD Giesenkirchen** zur Sanierung der Anlage Puffkohlen. Dieses sieht unter anderem vor den Bau eines Kunstrasen- sowie eines Naturrasenfeldes. Gespräche mit dem am SPD-Konzept beteiligten Sportstättenbauer Alfred Ulenberg werden jetzt geführt.

Weitere Infos auch im Netz:
www.spd-giesenkirchen.de

Vorgestellt: Ulrich Elsen

Seit wann bist du Ratsmitglied?

Seit 1989, vorher war ich seit 1984 Bezirksvertreter in Rheydt-West.

Welche Schwerpunkte hast du in deiner Ratsstätigkeit?

Ich bin Vorsitzender des Schul- und Bildungsausschusses, kulturpolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion. Neben dem Verwaltungsrat der Sparkasse gehöre ich dem Theaterkuratorium an.

Die Zukunft der Rheydter Innenstadt liegt mir sehr am Herzen und ich gehöre dem Beirat des Rheydter City-Managements an.

Was hat dich in die Politik geführt?

Die Pflicht zum Engagement für unsere Demokratie und dass unser Gemeinwesen nur funktioniert, wenn viele Menschen sich beteiligen.



INFO

Ulrich Elsen

Geboren am 29.07.1953 in Rheydt-Odenkirchen, **verheiratet**, zwei erwachsene Söhne, nach Studium an der RWTH-Aachen Lehrer am Gymnasium a.d. Gartenstraße und seit 1997 an der Gesamtschule Rheydt-Mülfort. In meiner Freizeit verreise ich gerne mit meiner Frau. Wunderbar ist es auch mit einem Buch im Garten.

Wieso sind deine Schwerpunkte Bildung und Kultur?

Ohne ein optimales Schul- und Ausbildungsangebot, dass im Kindergarten beginnt und bis zur beruflichen Reife greift, wäre unser Land nicht zukunftsfähig. Hier liegt der Schlüssel für unseren Wohlstand und den sozialen Frieden. Ebenso steht ein breites kulturelles Angebot für eine urbane Stadt.

Die SPD ist die Partei des sozialen Ausgleichs. Was haben Kultur- und Schulpolitik damit zu tun?

Für die SPD ist die Teilhabe an Kultur und Bildung wesentlich, weil die geistige Emanzipation die Befreiung von materieller Not ergänzt. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein - er braucht beides.

Theater ohne "Wenn und Aber"!

Nach den willkürlichen Kürzungen von CDU und FDP im Theaterhaushalt 2009/2010 blickt das Theater auf eine sehr ungewisse Zukunft.



Theater ist ein wichtiges Kulturangebot.

Ratsherr Ulrich Elsen, kulturpolitischer Sprecher der SPD: "Der Mehrheitsbeschluss im Rat bedeutet für das Theater Tod auf Ra-

ten. Mit den Etatkürzungen im Bereich EDV und Marketing wird das actori-Gutachten, das jetzt beraten wird, von Beginn an in Frage gestellt. Denn die Gutachter sehen durchaus Sparmöglichkeiten im Theater. Das muss aber aber gerade nicht im Bereich EDV und Marketing sein. Hier muss mittelfristig eher investiert werden."

Die **SPD-Ratsfraktion** machte in der ganzen Diskussion deutlich, dass ein Rumpftheater nicht hingenommen werden darf. Nur der von der Theaterkonferenz eingebrachte Haushaltsentwurf hilft wirklich weiter. Die **SPD** bezog die Theaterleitung in alle Gespräche mit

ein.
Ulrich Elsen: "Wir haben uns sehr über den Einsatz der vielen Theaterfreunde ge-

freut und bauen auf ihre Unterstützung, um weiteren Schaden vom Theater fernzuhalten. Die **SPD-Ratsfraktion** erhielt insgesamt rund 700 Zuschriften und hat, soweit die Adressen bekannt waren, jede schriftlich beantwortet."

Die Diskussion über die Zukunft des Theaters ist nicht beendet. Jetzt wird das Theatergutachten von actori ausgewertet und schon bald sind weitere Entscheidungen nötig.

Ulrich Elsen: "Ohne finanzielle Zusagen sind Intendant Pesels letzte Spielzeit, aber auch die erste seines Nachfolgers gefährdet, der Vertragsfristen nicht einhalten könnte. Diese Folgen wurden von CDU und FDP, aber auch FWG, einfach ausgeblendet und das Gutachten ignoriert. Wegsehen hilft hier nicht. Für die **SPD-Ratsfraktion** steht fest, dass entgegen der ersten Berichterstattung in der Gladbacher Presse "die Kuh nicht vom Eis ist". Richtiger wäre: Es wurde eine Chance verspielt."

Kinderarmut bekämpfen - Ein Netz für Kinder in Mönchengladbach

Die Beseitigung von Kinderarmut ist die wichtigste Voraussetzung von Chancengleichheit. Auf Einladung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) informierten die **stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Britta Altenkamp**, und der **Präventionsbeauftragte der Stadt Dormagen, Uwe Sandvoss**, rund 50 Zuhörer über Ziele und Wege, die Kinderarmut wirkungsvoll zu bekämpfen.

Das vorgestellte "Dormagener Modell", in dem erstmalig alle Familien direkt nach der Geburt ihres Kindes aufgesucht und durch Angebote unterstützt werden, hat sich in der

Britta Altenkamp MdL plädiert für einen ganzheitlichen Ansatz: "Wir müssen kommunale Strukturen verändern und Hilfesysteme besser miteinander vernetzen. Es gilt positive Lebensbedingungen für alle Familien zu schaffen. Die Familien müssen frühzeitig unterstützt werden. Nur so lassen sich erste Fehlentwicklungen korrigieren."

Vom "Dormagener Modell" könnten Lösungsansätze auch in Mönchengladbach übernommen werden. Mehr Prävention ist immer besser, als eine sehr teure Nachsorge.

Uwe Sandvoss: "Rund 5.000 Euro pro Monat kostet die Stadt die "staatliche Erziehung" und die Unterbringung eines Kindes in einer Pflegefamilie. Durch konsequente Prävention lassen sich die Kosten erheblich reduzieren und den Kindern wird frühzeitig geholfen."

In Mönchengladbach lagen die Kosten für die "Hilfen zur Erziehung" alleine in 2006 bei 105 Euro je Einwohner. Diese Zahl hat sich in den letzten Jahren noch dramatisch erhöht.

Ratsfrau Monika Schuster, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: "Die frühkindliche

Förderung ist ein Schlüssel für Chancengerechtigkeit. Kinderbetreuung muss entweder kostenfrei oder zumindest nur durch einen ge-

ringen Gebührenanteil der Eltern ermöglicht werden. Das gleiche gilt für die Ganztagsbetreuung an den Grundschulen. Mittagessen und Lernmittel müssen gerade bei geringem Einkommen der Eltern kostenfrei sein. Hier ist die Landesregierung gefordert, endlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen."



Ein Netz für Kinder

Foto: S.Hofschlaeger/pixelio.de

Praxis bewährt. Es versteht sich als tripolares Programm, in dem Kindeswohl, Elternwohl und Gemeinwohl einander bedingen. Auch

RatAktuell 01/2009

Auflage: 2000 (im Postversand)

Herausgeber:

SPD-Ratsfraktion

Mönchengladbach

Brucknerallee 126

41236 Mönchengladbach

Tel: 02166/9 24 90-30

Fax: 02166/9 24 90-34

Mail: spdratmg@online.de

Internet: <http://fraktion.spd-mg.de>

Redaktion:

Thomas Fegers (V.i.S.d.P.)

Lothar Beine

Bilder: SPD, www.pixelio.de

Neue Anschrift?

Neuer Interessent?

Bitte wenden Sie sich an obige Adresse!